

Halbes Lob für „Greencard“-Plan

Experten geht Schröders Initiative zum Fachkräfte-Import nicht weit genug

Der Plan von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), zehntausende ausländische Spezialisten der Informationstechnologie ins Land zu holen, wird von Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft begrüßt. Sie warnen aber davor, auf halbem Weg stehen zu bleiben: Die deutschen Probleme in der Ausbildung seien so nicht zu lösen; zudem sei eine vernünftige Einwanderungs- und Integrationspolitik nötig, um Stammtisch-Diskussionen keine Nahrung zu liefern.

BERLIN/HANNOVER, 25. Februar (ind/afp/dpa). Die Bundesregierung will ihre Initiative gegen den Fachkräftemangel in der Computerbranche zügig umsetzen. Bereits im Sommer solle es erste so genannte Red-Green-Cards für ausländische Experten zur Arbeit in Deutschland geben, kündigte Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) am Freitag an. Eine von Kanzler Schröder berufene Arbeitsgruppe soll Voraussetzungen für den Aufenthalt von Experten aus Nicht-EU-Ländern prüfen. Schröder sagte im ZDF, die Initiative könne bis Ende 2003 rund 300 000 neue, gut bezahlte Arbeitsplätze bringen. Auf keinen Fall werde das zu Lohndumping führen. Niemand müsse fürchten, seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Fachleute aus Wirtschaft und Wissenschaft äußerten Zweifel an der Qualität der Initiative. Diese sei zwar „ein richti-

ger, aber auch ein zu kurzer Schritt“, sagte Professor Klaus Bade, Mitbegründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung, der FR. Er halte nichts von einer „Ad-hoc-Politik, die immer erst dann greift, wenn sich das Fahrzeug schon mit beiden Rädern im Graben dreht“. Um den Menschen erklären zu können, „warum in Zeiten höchster Massenarbeitslosigkeit ausländische Fachkräfte ins Land geholt werden“, sei dreierlei vonnöten: ein Einwanderungsgesetz, vernünftige Integration und grenzüberschreitende Beschäftigungspolitik. Den „Bezug zur Realität in Sachen Migrationspolitik“ könne man „nicht durch Ausnahmeverordnungen, sondern nur durch ein Gesamtkonzept herstellen“. Andernfalls, warnte Bade, „hören wir bald an allen Stammtischen: Wir haben vier Millionen Arbeitslose, und die holen Arbeitskräfte aus dem Ausland“. Es sei höchste Zeit, dass sich die Regierung an ihre Forderungen aus Oppositionszeiten erinnere, so der Historiker: „Eine Fortsetzung der CDU-Migrationspolitik mit rot-grünem Schleifchen brauchen wir nicht“.

Zweifel am Erfolg der Initiative äußerte auch die Gesellschaft für Informatik (GI): Sie löse nicht die strukturellen Probleme der Informationstechnologie-Branche, sagte GI-Präsident Heinrich Mayr. Politik und Wirtschaft hätten es in den 80er und 90er Jahren versäumt, das Potenzial an

qualifizierten Menschen systematisch zu erschließen. Das Bochumer Institut für angewandte Innovationsforschung äußerte die Befürchtung, die jetzt aufgetretenen Engpässe seien „erst der Anfang einer Eskalation“. Das Nachwuchsdefizit werde noch „mindestens zehn Jahre anhalten“.

Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) sagte bei einem Rundgang auf der Computermesse CeBIT in Hannover, die Deutschen hätten die „Ausbildungsnotwendigkeit“ und den Boom der Technologie unterschätzt. Dem Branchenverband Bitkom zufolge können in der deutschen Computerwirtschaft derzeit 75 000 Stellen nicht durch einheimische Arbeitskräfte besetzt werden.

Die IG Metall äußerte Zweifel an diesen Angaben und machte die Computerbranche selbst für den Mangel verantwortlich. Vorstandsmitglied Karin Benz-Overhage sagte im InfoRadio Berlin-Brandenburg, Anfang der 90er Jahre seien 52-Jährige in der Branche mit hohen Abfindungen nach Hause geschickt worden. Ein Fachkräftebedarf über das Potenzial an Arbeitslosen hinaus müsse erst zweifelsfrei bewiesen werden. Vorläufig sehe die IG Metall „keinen Handlungsbedarf“.

Ausländische Kommentatoren äußerten die Befürchtung, die Berliner Initiative könne den heimischen Technologiesektor „ausbluten“

Kommentar Seite 3, Bericht Wirtschaft